

## ANSPRECHPARTNER



### Niko Reith

Sozialpolitischer Sprecher

nikolai.reith@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9290



### Jochen Haußmann

Parlamentarischer Geschäftsführer  
& Gesundheitspolitischer Sprecher

jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9320



### Rudi Fischer

Seniorenpolitischer Sprecher

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9310



### Johanna Hasting

Parlamentarische Beraterin

johanna.hasting@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9021

## SOZIALES & INTEGRATION

Die Corona-Pandemie hat die Themen im Arbeitskreis dominiert. Das miserable Management von Gesundheitsminister Lucha haben wir vielfach kritisiert. Zum Beispiel die oberlehrerhafte Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht oder die kaum überschaubare Flut an Corona-Verordnungen

Im Rahmen verschiedener Initiativen haben wir uns für Menschen eingesetzt, die aufgrund einer Erkrankung besonderen Bedarf haben. Dazu gehört beispielsweise die **medizinische Versorgung** von Diabeteserkrankten, von Friedreich-Ataxie betroffenen Patientinnen und Patienten oder von Menschen mit ME/CFS, das im Zusammenhang mit Long-Covid steht. Wir fordern eine weitere Erforschung der Erkrankungen und die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung im Land.

**Menschen mit Behinderungen**, etwa Blinde, haben wir im Blick, wenn wir die Landesregierung auffordern, ihre online-Auftritte und den Schriftverkehr mit Behörden endlich barrierefrei zu gestalten. Die Schaffung von **Barrierefreiheit** gerade auch im öffentlichen Raum ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei betrachten wir Barrierefreiheit ganzheitlich und unterstützen zum Beispiel das Programm „Toiletten für Alle“, das ein behindertengerechtes WC weiterdenkt. Die Teilhabe Aller ist für uns ein zentraler Punkt unserer sozialpolitischen Arbeit.

Ganz aktuell streiten wir für eine auskömmliche Finanzierung der vielen **Betreuungsvereine**, die zukünftig noch mehr Aufgaben übernehmen, um Menschen bei Bedarf in ihrem Alltag und bei wichtigen Entscheidungen zu unterstützen, sofern sie dies nicht mehr selbst erledigen können.

Der **Maßregelvollzug** platzt in Baden-Württemberg weiterhin aus allen Nähten. Immer wieder müssen deshalb Straffällige frühzeitig entlassen werden. Diese Problematik haben wir verschiedentlich aufgegriffen. Das Sozialministerium hat die Entwicklung völlig verschlafen, so dass eine schnelle Lösung nicht in Sicht ist.

Ganz wichtig ist uns der Dialog mit den Verbänden im Sozial- und Gesundheitsbereich. Unter anderem haben wir uns dabei für die Schulgeldfreiheit für Ausbildungen im Bereich der Physio-, Ergo-, Logotherapie und Podologie eingesetzt. Sehr gut besucht war unser Liberaler Seniorentag.

### DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/1704](#) - Auswirkungen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf Baden-Württemberg
- » [17/1936](#) - Zukunft der Impfinfrastrukturen in Baden-Württemberg
- » [17/2603](#) - Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Baden-Württemberg
- » [17/2328](#) - Entlassung des Ministers für Soziales, Gesundheit und Integration Manfred Lucha MdL
- » [17/2189](#) - Situationen der von Friedreich-Ataxie betroffenen Patientinnen und Patienten in BW
- » [17/3328](#) - Versorgung von Menschen mit Diabeteserkrankung in Baden-Württemberg
- » [17/2563](#) - Digitale Barrierefreiheit öffentlicher Stellen in Baden-Württemberg
- » [17/2367](#) - Entwicklung der Seniorenlandschaft in Baden-Württemberg
- » [17/2082](#) - Fachkräftesituation in den Pflegeberufen in Baden-Württemberg
- » [17/1759](#) - Branchenmonitoring Gesundheitsfachberufe

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

## IM FOKUS

# STRUKTURELLE VERBESSERUNGEN STATT „PROJEKTITIS“

Arbeitskreis:  
**Soziales und Integration**

Ansprechpartner:  
**Niko Reith**  
**Jochen Haußmann**  
**Rudi Fischer**

*Außer Sonntagsreden ist unter der grünen Landesregierung kein besonderes Augenmerk auf die Bewältigung des demografischen Wandels im Bereich der Altenpflege gelegt worden. Wir brauchen ein strukturelles Akutprogramm statt dauernder „Projektitis“.*

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt enorm an, das Personal fehlt, der Mix verschiedener fachlicher Qualifikationen ändert sich, die Kosten steigen – das ist die heutige Situation in der Altenpflege im Land. Wir fordern eine sofortige Entlastungsoffensive und haben diesen Sommer daher ein **10-Punkte-Akut-Programm zur Altenpflege** in Baden-Württemberg vorgelegt.

Darin fordern wir, u.a. die Fachkraftquote zu flexibilisieren und Einrichtungen Übergangsregeln bei der Personalbemessung zum neuen System zuzugestehen. Die geltenden Bauverordnungen müssen schnellstens an neue Wohnformen angepasst werden. Die Landesregierung muss mehr gegen den pflegerischen Personalmangel tun und Anerkennungsverfahren ausländischer Fachkräfte entbürokratisieren und beschleunigen. Bei der Anwendung digitaler Innovationen hinken wir bei der Pflege anderen Ländern hinterher. Wir fordern, dass die Landesregierung telepflegerische Projekte unterstützt, digitale Kompetenzen in den Ausbildungsverordnungen verankert und die Vielzahl bestehender Pflegeangebote auf einer digitalen Plattform bündelt. In Baden-Württemberg werden 80%

der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt. Ist das Land darauf vorbereitet? Unklar. Wir fordern eine Bedarfsplanung und die Förderung der Tages- und Kurzzeitpflege, um pflegende Angehörige zu entlasten. Struktur und Planungssicherheit auf Basis vernünftiger Vorausberechnungen lassen sich unter dieser Landesregierung nicht erkennen. **Wir brauchen endlich mehr Impulse, um diese Branche zu entlasten und Pflegebedürftige menschenwürdig zu versorgen. Dafür setzen wir uns ein.**

### WEITERE INFORMATIONEN:

Positionspapier

» [10-Punkte-Akut-Programm zur Altenpflege - FDP-Fraktion \(fdp-landtag-bw.de\)](https://www.fdp-landtag-bw.de/10-Punkte-Akut-Programm-zur-Altenpflege)

**Hier geht's zurück zur Übersicht!**

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.